

Alternative
für
Deutsche



PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND.

Das Grundsatzprogramm der
Alternative für Deutschland.

Keine Alternative für Deutschland

Die Bundesversammlung des Kolpingwerkes Deutschland hat den Bundesvorstand des Kolpingwerkes beauftragt, eine Handreichung zur AfD herauszugeben. An dieser Stelle werden ausgewählte Textstellen aus der umfangreichen Handreichung veröffentlicht.

Von Victor Feiler

Die AfD ist mittlerweile die führende Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. Die AfD polarisiert nicht selten mit ihren politischen Positionen. Ihre Thesen sind manchmal nah am nationalsozialistischen Gedankengut. Auffällig ist, dass rassistischen Äußerungen von AfD-Funktionären und Mandatsträgern von der Parteispitze in der Regel nicht widersprochen wird. Damit will die AfD bisher Unausprechbares in die Mitte der Gesellschaft tragen und auf diese Weise rechtsextremes Gedankengut bis hinein in die Mitte der Gesellschaft salonfähig machen. Ihr ist das zum Teil schon gelungen.

Doch ist die Partei AfD tatsächlich die harmlose Bürger- und Bürgerinnenpartei, die sich als einzige Partei „gegen die da oben“ wendet, die als einzige Partei „die Interessen des Volkes“ vertritt? Ist die AfD tatsächlich die Partei, die die Interessen der Benachteiligten vertritt und sich gleichzeitig gegen die Privilegien der Etablierten wendet und sie „bekämpft“?

Was macht die AfD für viele Menschen so attraktiv? Ist die AfD wirklich eine Alternative im demokratischen Spektrum und anerkannter Problemlöser für wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme?

Welches Menschen- und Gesellschaftsbild vertritt die AfD? Kann das Menschen- und Gesellschaftsbild der AfD auch von Kolpingern mitgetragen werden? Oder ist die AfD nicht viel mehr ein Teil einer mittlerweile weltwei-

ten Bewegung von rechtsextremen, ausländerfeindlichen, demokratiegefährdenden Organisationen, die im „Schafspelz“ daherkommen, um ganz andere als demokratische Ziele anzustreben?

Wie argumentiert die AfD, mit welchen Mitteln versucht sie, Wählerinnen und Wähler für sich einzunehmen? In der Handreichung werden diese Fragen anhand der Analyse ausgewählter Politikfelder beantwortet.

Vorbemerkung zur Handreichung

Die Handreichung ist so aufgebaut, dass Positionen aus dem AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2018 und dem Grundsatzprogramm zitiert werden. Im Anschluss daran werden diese aus Sicht des Kolpingwerkes interpretiert. Die Handreichung enthält zudem Kapitel zum Menschenbild der AfD, zu den Strategien der AfD und zu ihrer Argumentationstechnik. ▶

ERKLÄRUNG DES BUNDESVORSTANDES

Diese Erklärung des Bundesvorstandes ist im Kolpingmagazin 2/2019 nachzulesen, sie kann heruntergeladen werden unter:

■ www.kolping.de

► Europapolitik

AfD: „Wir lehnen die „Vereinigten Staaten von Europa“ ebenso ab wie eine EU als Bundesstaat, aus der kein Austritt mehr möglich ist. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet.“¹

(Grundsatzprogramm, S.17)

Kommentar:

Die AfD unterstellt, dass die „Vereinigten Staaten von Europa“ nicht die Freiheit und Sicherheit der (deutschen) Bürger garantieren können. Das kann nur ein „souveräner Staat“, also einer, der sich abgrenzt von anderen Staaten, auf nationale Egoismen setzt und eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten in staatsübergreifenden Politikfeldern, wie etwa Verteidigung, daher strikt ablehnt. Das Besondere an der Argumentation ist die geschickt versteckte und als logisch empfundene Botschaft, die hier transportiert werden soll: Die AfD unterstellt einfach, dass nur ein souverä-

ner Staat Wohlstand fördert! Also muss deswegen Deutschland die EU verlassen, so die Logik der AfD.

Dass gerade die Bundesrepublik Deutschland als Exportweltmeister ihren Wohlstand wesentlich auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit und internationalem Handel gründet, verschweigt die AfD und versucht somit die Wählerin und den Wähler in die Irre zu führen und für die eigene Ideologie zu gewinnen. Nationalistische Ideologie ist der AfD offenbar wichtiger als politische Realität.

Familienpolitik

AfD: „Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktrichtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.“

(Grundsatzprogramm, S.83)

„Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung. Dies kann in der derzeitigen demografischen Lage Deutschlands nur mit einer aktivierenden Familienpolitik gelingen.“

(Wahlprogramm, S. 49)

„Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktrichtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.“

Kommentar:

Auch in der Familienpolitik schimmert die teils rassistische Einstellung der AfD durch. Die zitierten Stellen zeigen, dass es der AfD weniger um den Wert der Familie als solche geht, sondern dass ausschließlich deutsche

Kinder und deutsche Eltern („eigenes Staatsvolk“, „einheimische Bevölkerung“) mit Familie gemeint sind. Im Umkehrschluss heißt das: Familien ausländischer Herkunft wird „Konfliktrichtigkeit“ („Masseneinwanderung“) un-

terstellt und damit abgewertet. Nach dieser Logik kann das demografische Problem nur dann gelöst werden, wenn Deutsche („eigenes Staatsvolk“) mehr Kinder bekommen. Ausländische Kinder und deren Familien tragen nach Auffassung der AfD nicht zur Lösung des Demografieproblems bei.

Dass etwa auch ausländische Kinder erfolgreich eine Ausbildung oder ein Studium abschließen und somit zur Wertschöpfung beitragen und gleichzeitig auch deutsche Kinder und Jugendliche von sozialen Sicherungssystemen abhängig sind, wird von der AfD verschwiegen. Die AfD frönt ihrem rassistischen Menschenbild auch hier. Das ist so dominie-

rend, dass sie auch unsinnige Behauptungen aufstellt. Die Welt wird nach dem nationalistischen Bild zurechtgelogen!

Die AfD nutzt den vermeintlichen Schutz der „traditionellen Familie“ als Deckmantel für ihr völkisch-nationalistisches Gedankengut. Familienpolitik hat in dem Sinne „aktivierend“ zu sein, indem die Geburtenrate der „einheimischen Bevölkerung“ zu steigern ist. An die Seite einer vermeintlichen Unterstützung von Familien tritt damit ein funktionalistisches Bild von Familienpolitik, welche als Deckmantel für die Zielerreichung einer möglichst homogenen (in diesem Falle einer „deutschen“) Volksgruppe fungiert.

Umwelt- und Klimapolitik

AfD: „Unter dem Schlagwort ‚Klimaneutrales Deutschland 2050‘ durch ‚De-karbonisierung‘ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO₂-Konzentration zur ‚Großen Transformation‘ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird. Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO₂-Emissionen um mehr als 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken. Auf dem Weg dorthin wird auch unsere bisher sichere Stromversorgung destabilisiert und weiter verteuert, außerdem soll die Wärmeerzeugung durch fossile Energieträger praktisch auf Null gebracht werden“.

(Grundsatzprogramm, S.156)

Kommentar:

Man kann jedes Faktum zum Glaubenssatz erheben. Natürlich ist es auch erlaubt zu glauben, dass 2 und 2 in der Summe 17 ergibt. Ähnlich verhält es sich bei der AfD-Argumentation zum Thema Erderwärmung/Klimaschutz. Dass der Klimawandel und dessen Folgen mittlerweile für jeden in Form von Umweltkatastrophen erkennbar sind, wird schlicht geleugnet. Die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der CO₂-Emission werden als „Gefährdung des Wirtschaftsstandortes“ und als Senkung des Lebensstandards betrachtet. Die AfD droht: Der eigene Lebensstandard sinkt, wenn man aktive Klimapolitik betreibt. Auch hier heißt der Umkehrschluss: Ein aktiver Klimaschutz ist daher abzulehnen. Die AfD argumentiert nach dem Motto: Auch das für jeden offensichtliche Faktum der Klimaveränderung darf kein Anlass sein, Verhalten und Wirken zu ändern. Auch die Natur gefährdende Arbeitsplätze sind wichtiger als

der Klimaschutz. Klimaveränderung als solche wird schlicht geleugnet, damit man sich nicht mit Alternativen in der Energieversorgung beschäftigen muss. Damit wird der breit akzeptierte Konsens über den Atomausstieg seitens der AfD revidiert. Mit dieser Einstellung raubt man heute nachfolgenden Generationen ihre Lebens- und Existenzgrundlage. Was nachfolgende Generationen davon halten, braucht nach diesem fatalistischen Menschenbild nicht mehr beachtet werden. ►

HANDREICHUNG ZUR AfD

Die Handreichung des Kolpingwerkes Deutschland zur AfD kann im vollständigen Wortlaut bestellt werden bei:

■ Sabine Hübsch, sabine.huebsch@kolping.de

► Migrations- und Integrationspolitik

AfD: „Eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes fordert Europa heraus. Im Hinblick auf Bevölkerungsexplosion, kriegerische und religiöse Konflikte und Klimaextreme² in vielen Ländern, insbesondere des afrikanischen Kontinents und des Nahen und Mittleren Ostens, stehen wir erst am Anfang weltweiter, bislang unvorstellbarer Wanderungsbewegungen in Richtung der wohlhabenden europäischen Staaten.“

(Grundsatzprogramm, S.116)

Kommentar:

Die AfD beginnt ihr Kapitel mit einem nahezu apokalyptischen Bild einer weltweiten Bedrohung Europas!

Auch hier wird deutlich: Ohne Feindbild und Horrorvisionen kommt die AfD nicht aus.

AfD: „Gerade beim politischen Thema Asyl und Einwanderung verantwortet ein ideologisch vergiftetes Klima der ‚politischen Korrektheit‘ Sprachverbote und Sprachregelungen. Verstöße führen zu gesellschaftlicher Stigmatisierung, teilweise sogar zu beruflichen Nachteilen; diese Art von Umgang mit unangepassten Meinungen war in der Vergangenheit Merkmal totalitärer Staaten, aber nicht von freien Demokratien. Fehlentwicklungen im Asyl- und Einwanderungsbereich sollen um eines befürchteten Umschwungs der öffentlichen Meinung willen nicht zur Sprache kommen; gleichzeitig soll vom völligen Versagen der Asyl- und Einwanderungspolitik der vergangenen Jahre durch die herrschenden Parteien abgelenkt werden. Eine offene Diskussion wird damit verhindert. Das alles führt zu ungerechten Pauschalverdächtigungen gegenüber der Mehrzahl der rechtstreuen, integrierten ausländischen Mitbürger als auch der rechtstreuen Asylbewerber. Die AfD fordert daher das selbstverständliche Recht auf freie Rede für freie Bürger wieder ein. Niemand darf Angst haben, seine Meinung zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu sagen. Dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung muss auch auf diesem Politikfeld wieder zur uneingeschränkten Geltung verholfen werden.“

(Grundsatzprogramm, S.114)

Kommentar:

Dieses Kapitel zeigt besonders eindrucksvoll die geschickte wie perfide Argumentation der AfD. Sie unterstellt in besonders dramatischen Szenarien die Vorherrschaft antidemokratischer Tendenzen wie „Sprachverbote“, „politische Korrektheit“, „berufliche Nachteile“, wenn man sich gegen die herrschende Meinung stellt („unangepasste Meinungen“), um dann gleich auch noch einen Vergleich mit „totalitären Staaten“ zu ziehen. Wer das als Außenstehender liest und die Wirklichkeit nicht kennt, der könnte zum Ergebnis kommen, dass die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zu einer Diktatur ist.

Einen Schritt weitergedacht liegt es aufgrund dieser Schilderung des „Zustandes der

bundesrepublikanischen politischen Kultur“ nahe, dass die AfD gegen diese antidemokratischen Zustände kämpfen muss. Sie und nur sie ist der Garant für Meinungsfreiheit und gegen „Sprachverbote“! Mit Begriffen wie „völliges Versagen“ bei der „Asyl- und Einwanderungspolitik“ wird in dramatisierender Weise eine Bedrohung herbeigeredet, die quasi die völlige Hilflosigkeit des Staates feststellt.

Erst die AfD, so wird suggeriert, stellt die freie Meinungsäußerung wieder her. Und jetzt kommt eine besonders perfide Argumentation: Weil es die freie Meinungsäußerung angeblich nicht gibt, führt das dazu, dass es zu „ungerechten Pauschalverdächtigungen gegenüber rechtstreuen Asylbewerbern“ kommt!

Das ist ein Treppenwitz! Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Nur die AfD schützt die rechtstreuen Asylbewerber vor falschen Verdächtigungen!

Daher fordert die AfD das Recht auf freie Meinungsäußerung – die es ja angeblich nicht gibt. Mit „freier Meinungsäußerung“ meint sie aber in Wirklichkeit das Recht auf verschiedene Formen von Beleidigungen und Hetze, Diskriminierung und offen rassistische De-

nunziation von Asylanten, Migranten und allen anderen Nichtdeutschen, die in den eigenen Reihen „gepflegt“ werden.

Das ist auch die Erklärung dafür, warum die AfD rechtsradikale Reden von AfD-Mitgliedern und Mandatsträgern nicht sanktioniert. Rechtsradikale Reden gehören nach Auffassung der AfD zum „Recht der freien Meinungsäußerung“! Eine geschickte wie perfide Argumentationslogik.

Religion/Religionsfreiheit

In keinem Kapitel des Grundsatzprogramms finden sich eigenständige Aussagen zum Thema Religionsfreiheit. Auch im ersten, einleitenden Kapitel mit dem Titel „Demokratie und Grundwerte“ wird das Thema Religion nicht erwähnt. Auch fehlt jeder Bezug zum christlichen Menschenbild.

Kommentar:

Religion wird bei der AfD erst dann Thema, wenn es gegen den Islam instrumentalisiert werden kann. Auch hier wird deutlich, dass etwa Werte, wie christliches Denken und Handeln, keine Überzeugungs- und Handlungsgrundlage für die AfD darstellen. Im Gegenteil: Es finden sich vielfach Stellen, die dem christlichen Menschenbild widersprechen. Im Wahlprogramm (S.44-48) führt ein eigenes Kapitel die Überschrift: „Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Das verdeutlicht die Sicht der AfD auf Religion. Entweder wird sie nicht genannt, da unwichtig (christliches Menschenbild), oder instrumentalisiert, um Anhänger einer Religion auf Konfliktgefahren zu reduzieren. Beispielhaft für die Negativsicht auf eine Religion ist folgende Aussage im Wahlprogramm (S. 45): „In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von über fünf Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD eine Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Wertordnung.“

Dem Islam wird Bedrohungspotential zuge-

wiesen. Es wird nicht davon gesprochen oder gar festgestellt, dass jeder Religion in Deutschland nach dem Grundgesetz das Recht der freien Religionsausübung zusteht. Stattdessen wird eine bestimmte Religion in abfälliger und denunzierender Weise dargestellt und ihre Existenz mit einer Gefahr gleichgesetzt.

In noch drastischerer und diskriminierender Weise erlaubt sich die AfD einen Sprachgebrauch, der jede Form der Achtung von religiösen Gefühlen missen lässt. Damit wird abermals deutlich, welche Meinung die AfD grundsätzlich von Religionen hat. Dort heißt es: „Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftszeichen ebenso ab wie den Muezzin-Ruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Es handelt sich hierbei um religiösen Imperialismus“ (Wahlprogramm, S.46). Im Umkehrschluss müsste etwa eine katholische Kirche in einem nicht vorwiegend katholischen Land ebenfalls als „religiöser Imperialismus“ aufgefasst werden! Gilt das auch für den Katholizismus in den neuen Bundesländern? ◀

Fußnoten:

¹ An dieser Stelle wird ein besonderer „Trick“ der AfD-deutlich: Die „Vereinigten Staaten von Europa“ gibt es nicht. Die AfD argumentiert mit Unterstellungen, um den Leser in die Irre zu führen.

² Hier sei darauf hingewiesen, dass die AfD Klimaextreme nennt, was Klimawandel ist. Das ist insofern wichtig, als die AfD Klimawandel durch CO₂-Ausstoß im Grundsatzprogramm nicht als erwiesen hält!